

es gibt aber solche von höchstem wissenschaftlichem Wert darunter, z.B. derjenige vom 27.9. 1873 an Lady Blennerhassett, in dem die Geschichte des Ultramontanismus an Hand seiner literarischen Vertreter erläutert wird. Überhaupt sind die Briefe in erster Linie eine hervorragende Quelle zur Wissenschafts- und Bildungsgeschichte. Die Kommentierung ist genau und kenntnisreich, obwohl man sich über die Ignorierung mancher Werke wundert. Zusammenfassend verdient der Herausgeber großen Dank. Soll die Kirchengeschichte dieser Epoche einmal vom Podest der offiziellen Betrachtungsweise herunterkommen, dann gewiß durch die Edition privater Briefwechsel.

Düsseldorf

Christoph Weber

Werner Marquardt, Arbeiterbewegung und evangelische Kirchengemeinde im wilhelminischen Deutschland. Kirchstuhlfrage und Kirchenvorstandswahlen in Groß Lengden bei Göttingen. (Studien zur Kirchengeschichte Niedersachsens Bd. 26) Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1985, 341 S.

Die Göttinger Dissertation untersucht am Beispiel einer südhannoverschen Gemeinde die gesellschaftlichen Veränderungen, die sich in Deutschland an der Jahrhundertwende als Folge der Industrialisierung beobachten lassen und die evangelische Kirche mit der sozialen Frage ebenso wie mit dem wachsenden Selbstbewußtsein der Arbeiterschaft konfrontierten. Der Verf. greift dazu auf zwei exemplarische Konflikte in einer Göttinger Landgemeinde zurück und macht an ihnen deutlich, wie sich der Zerfall der patriarchalischen Ordnung auf die Beziehungen zwischen bäuerlicher Oberschicht und sozialdemokratisch orientierter Unterschicht auswirkte.

Nach einer Einleitung, die über die Sozialstruktur und kirchliche Situation der Gemeinde informiert (S. 11–21), wendet sich der Verf. einer Analyse der Kirchenvorstandswahlen in Groß Lengden zwischen 1873 und 1921 zu (S. 22–34). Dabei wird erkennbar, wie sich innergemeindliche Konflikte, die sich vor allem an der Person des Radmachers und Ackermanns H. Schirmer festmachen lassen (S. 35–37), in Wahlergebnissen niederschlagen können. Es folgt eine Untersuchung der gesellschaftlichen Veränderungen in den Landgemeinden rund um Göttingen (S. 38–62). Der Zerfall der patriarchalischen Ordnung wird als eine Folge der Industrialisierung, des Bevölkerungswachstums und der Landflucht beschrieben. Dies wirkte sich innerhalb der Dorfgemeinschaft dahingehend aus, daß es zu einer Polarisierung mit ausgeprägtem Gruppenbewußtsein kam.

Am Beispiel eines über mehrere Jahre sich hinziehenden Kirchstuhlstreites zeigt der Verf., wie sich der gesellschaftliche Wandel auf einem zumeist nur wenig beachteten Feld gemeindlichen Lebens auswirkte (S. 63–141). Weil sich durch Vererbung oder Ankauf die Mehrzahl der in der Kirche vorhandenen Sitzplätze in der Hand weniger Vermögender befand, wurde der Kirchenvorstand zu einem Feld der Auseinandersetzung über die Frage, ob man unter Berufung auf überkommenes Recht einer Mehrheit der Gemeinde die Teilhabe am Kirchstuhl verweigern dürfe. Nichthofbesitzer, Arbeiter und Tagelöhner fühlten sich übergangen und in ihrem Ehrgefühl verletzt. Sie forderten jedenfalls in der Kirche „gleiches Recht“ (S. 106) und begründeten dies damit, „daß die göttliche Ordnung die Menschen gleichmäßig auf die Welt kommen läßt“ (S. 102). Wenn man ihnen dieses Recht sogar im Gottesdienst verweigerte, zeigt das den Stellenwert, den die um ihren Besitzstand fürchtende bäuerliche Gruppierung diesem Konflikt beimaß. Denn sie hatte den schnellen Aufstieg der noch jungen Arbeiterpartei im ausgehenden 19. Jahrhundert vor Augen (S. 142–155). Auch die Kirche tat sich bekanntermaßen schwer mit ihrer Haltung zur SPD (S. 156–222). Herrschte bei den Pastoren zumeist die Klage über christentumsfeindliche Tendenzen vor, so werden bisweilen auch differenzierte Töne hörbar, etwa im Urteil des Superintendenten Kayser (S. 167) oder des Konsistorialrats Uhlhorn (S. 182 ff.). Weil sie die wirtschaftlichen und sozialen Probleme erkannten, erinnerten sie die Kirche an ihren Auftrag gegenüber allen Gemeindegliedern (vgl. den Erlaß des Landeskonsistoriums von 1890, S. 337–341).

Die Darstellung eines zweiten, weitaus schärferen Konfliktfalles in der Groß Leng-

dener Kirchengemeinde schließt sich an (S. 223–269). Im Kirchenstreit von 1911/1912 erregte die Wahl zweier Sozialdemokraten in den Kirchenvorstand die Gemüter. Die bürgerliche Seite, die keine Mehrheit zu erringen vermocht hatte, focht unter Hinweis auf angebliche atheistische Tendenzen der Kandidaten das eindeutige Wahlergebnis an und erbat die Unterstützung übergeordneter Instanzen. Während eine Bezirkssynode dem Druck nachgab, verhalf schließlich das Konsistorium in Hannover nach über acht Monaten dem geltenden Recht zur Durchsetzung. Die Weitsicht eines Uhlhorn wirkte sich hier aus und wehrte einer vorschnellen Identifizierung der kirchlichen mit den bürgerlichen Interessen. Mit dieser Entscheidung sprach die Kirchenleitung „einem praktizierenden Sozialdemokraten die Wahlfähigkeit zum Amt des Kirchenvorstehers ausdrücklich zu“, womit sie staatlichen Tendenzen zur Einführung eines „Radikalenerlasses“ widerstand (S. 276).

Marquardt beschließt darum seine Darstellung mit der Frage, ob sich „das Verhältnis von Kirche und Arbeiterbewegung“ nicht möglicherweise anders entwickelt hätte, wenn letzterer, „wie in Groß Lengden, der Zugang zur verantwortlichen Mitarbeit in der Kirche eröffnet worden wäre, und die Geistlichkeit . . . den Arbeiter . . . mit dem nötigen Verständnis für seine großen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme und die daraus sich ergebende Sympathie für die SPD . . . akzeptiert“ hätte (S. 277).

Insgesamt gelingt es Marquardt in überzeugender Weise, dem Leser am Beispiel einer ländlichen Gemeinde den gesellschaftlichen Umbruch im ausgehenden Kaiserreich und seine Konsequenzen für die evangelische Kirche vor Augen zu führen. Die Darstellung ist archivalisch fundiert, und die Quellen werden ausführlich zitiert. Zwar erschließen zwei chronologische Zusammenfassungen des Kirchstuhlstreites wie der Kirchenvorstandswahlen (S. 289–292) dem Leser den zuweilen etwas komplizierten Ablauf der Ereignisse, doch wünschte man sich auch zwischendurch zusammenfassende Überblicksblicke, welche die durchgehenden Linien hervorheben und die jeweiligen Problemstellungen konturieren. Auch bleibt zu fragen, ob zwischen Anmerkungen und Textdarstellung immer glücklich unterschieden wurde (vgl. z.B. die Kirchstuhlregister S. 74–80, 85f., 113–117). Dies kann den Wert der Arbeit aber nicht schmälern. Ein zentrales Kapitel der neueren Kirchengeschichte ist um eine wichtige Untersuchung bereichert worden.

*Bielefeld*

*Heinrich Holze*

Jochen-Christoph Kaiser: *Frauen in der Kirche. Evangelische Frauenverbände im Spannungsfeld von Kirche und Gesellschaft 1890–1945. Quellen und Materialien*, hg. v. Annette Kuhn, Studien Materialien Geschichtsdidaktik Bd. 27 (hg. v. K. Bergmann, A. Kuhn u.a.), Schwann-Verlag Düsseldorf 1985.

Die vorliegende Arbeit nimmt ein von der Theologie und Kirchengeschichte vernachlässigtes Gebiet in Augenschein; sie versucht zu erfragen, „welches ‚Frauenbild‘ die ‚Männerkirche‘ in den letzten 100 Jahren ausformte und welchen Wandlungen dieses angesichts der kontinuierlichen Änderungen der Gesamtlebensumstände unterlag“ (17). Vf. legt ein „historisch orientiertes Quellenbuch zur Frauenfrage“ (ebd.) im evangelischen Bereich vor. Das umfangreiche Material wird in drei Abschnitten chronologisch gegliedert.

1. *Organisationsfragen evangelischer Frauenarbeit*. Mit Verspätung hielt die Frauenfrage in den 1890er Jahren Einzug in die Kirche. Einer der Wegbereiter war Adolf Stoecker, der die Frauenfrage ihres emanzipatorischen Anspruchs entkleidete und sie allein als Bestandteil der „sozialen Frage“ begriff. Vor der Jahrhundertwende kam es zu ersten praktischen Schritten: Stoecker gründete kirchlich-soziale Frauengruppen, Ludwig Weber den Deutsch-Evangelischen Frauenbund DEF (1899), unter dem Protektorat der Kaiserin Auguste Viktoria wurde die „Frauenhilfe“ ins Leben gerufen. Besonders der „Frauenhilfe“ ging es in erster Linie um apologetische Ziele; der wachsenden Kirchenferne vieler Frauen sowie den Emanzipationsforderungen sollte Widerstand geboten werden. Der DEF gab dagegen politisch-sozialen Reformvorstellungen